



Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 172'920
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.208
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 4
Fläche: 17'094 mm²

Nationalrat will Zivis von Schulen fernhalten

Die bürgerliche Mehrheit befürchtet «Hilfslehrer» ohne Ausbildung - deshalb sollen Zivildienstleistende nicht in Schulen eingesetzt werden.

Anja Burri
Bern

Immer mehr dienstpflichtige Männer helfen lieber in Pflegeheimen, statt Übungen auf einem Waffenplatz zu machen. Seit der Abschaffung der Gewissensprüfung vor einigen Jahren ist der Zivildienst eine beliebte Alternative zum Militärdienst geworden. Die «Zivis» absolvieren 1,3 Millionen Dienstage im Jahr - das ist ein Drittel der Armeedienstage. Um die steigende Nachfrage nach Zivildienstplätzen zu stillen, möchte der Bundesrat die Einsatzorte ausweiten - auf die Volksschule. Gestern befand der Nationalrat als Erstrat über die dafür nötige Gesetzesrevision.

Die Zivis könnten den Lehrern bei den Unterrichtsvorbereitungen helfen oder im Klassenzimmer assistieren, warb Bundesrat Johann Schneider-Ammann. Sie könnten in Schullagern aushelfen, bei Theaterwochen oder Mittagstischen zum Einsatz kommen.

Die bürgerliche Mehrheit aus CVP, FDP und SVP wollte davon nichts wissen. Sie befürchtete eine versteckte Agenda der Kantone: dass diese künftig mit pädagogisch nicht ausgebildeten Zivis den Lehrermangel beheben wollten. «Die Schule ist kein Tummelfeld für solche Übungen», sagte SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Pausenaufsichten oder

Ähnliches sollten die Kanton lieber an Pensionierte oder Arbeitslose delegieren, sagte CVP-Nationalrat Marco Romano. Was bei den Voten ebenfalls durchsickerte: Die bürgerlichen Armeesunterstützer wollen verhindern, dass der Zivildienst «noch attraktiver» werde und der Armee Rekruten streitig mache.

Schneider-Ammann und die Befürworter aus den Reihen der Grünen, der SP, der GLP und der BDP betonten das Gegenteil: «Die Bestände der Armee werden nicht infrage gestellt», sagte der Bundesrat. Es werde auch kein Lehrer durch einen Zivi ersetzt. Dank der Unterstützung könnten sich die Lehrer dafür vermehrt pädagogischen Fragen widmen. Der Nationalrat lehnte die Schuleinsätze mit 94 zu 82 Stimmen ab.

Wer seinen Zivildienst unbedingt an einer Schule absolvieren möchte, kann dies sowieso bereits tun. Und zwar als Hilfskraft an einer Schule, die Sonderschüler in Regelklassen integriert. In diesen Fällen zählt der Einsatz als Beitrag zum Sozialwesen. Allein im Kanton Zürich gibt es 44 anerkannte schulische Einsatzbetriebe.

SP und Grüne unterlagen auch bei der zweiten umstrittenen Frage - wann Dienstpflichtige ein Gesuch für den Zivildienst einreichen dürfen. Geht es nach der bürgerlichen Mehrheit, soll es künftig nicht mehr möglich sein, das Gesuch bereits vor der Rekrutierung einzureichen. Eine weitere Neuerung betrifft die Ausbildung der Zivis: Diese sollen künftig für alle Arten von Einsätzen einen Kurs machen müssen. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat das neue Gesetz mit 122 zu 45 Stimmen gut. Nun kommt es in den Ständerat.